
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt des
Landkreises Cloppenburg am Donnerstag, dem 08.03.2012,
16:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Uwe Behrens
3. Kreistagsabgeordneter Lothar Bothe
4. Kreistagsabgeordneter Josef Dobelmann
5. Kreistagsabgeordnete Marianne Fugel
6. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt
7. Kreistagsabgeordneter Detlef Kolde
8. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Kreuzmann
9. Kreistagsabgeordnete Hildegard Kuhlen
10. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots
11. Kreistagsabgeordneter Georg Meyer
12. Kreistagsabgeordneter Hans Meyer
Vertretung für Frau Ursula Nüdling
13. Kreistagsabgeordneter Willi Tholen
14. Kreistagsabgeordneter Alfred Vorwerk
15. Kreistagsabgeordneter Marcus Willen

Verwaltung

16. Erster Kreisrat Ludger Frische
17. Leitender Baudirektor Georg Raue
18. Baudirektor Rolf Haedke
19. Baudirektor Johann Viets
20. Kreisoberamtsrat Günter Westendorf
21. Kreisoberamtsrätin Katharina Deeben
22. Pressesprecher Frank Beumker

Protokollführer/in

23. Kreisamtfrau Hildegard Zurborg

Es fehlte/n:

24. Kreistagsabgeordneter Torben Haak
25. Kreistagsabgeordneter Georg Haupt
26. Kreistagsabgeordnete Gabriele Kalvelage
27. Kreistagsabgeordneter Christoph Rohe

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Genehmigung der Niederschrift
- 6 . Antrag des St. Marien-Hospitals auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung der Allgemeinpflege im Westflügel V-PLA/12/041
- 7 . Antrag des St. Marien-Hospitals auf Gewährung eines Zuschusses für den Neubau eines Bettenhauses V-PLA/12/042
- 8 . Neukonzeptionierung des Radwegeleitsystems im Landkreis Cloppenburg V-PLA/12/046
- 9 . Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsförderung
- 10 . Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP); Beteiligungsverfahren zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung V-PLA/12/043
- 11 . Beschaffung eines ferngesteuerten Löschunterstützungsfahrzeuges (LUF) V-PLA/12/044
- 12 . Ersatzbeschaffung eines Einsatz- und Dienstfahrzeuges für den Kreisbrandmeister V-PLA/12/045
- 4 . Vorstellung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Abfallwirtschaft 2012 für den Landkreis Cloppenburg V-PLA/12/039
- 5 . Vorstellung der Abfallbilanz 2011 V-PLA/12/040
- 13 . Mitteilungen
- 14 . Einwohnerfragestunde



1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Middendorf, eröffnete die Sitzung um 16.00 Uhr und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest

2. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Da der Referent zum Tagesordnungspunkt 4 wegen eines Staus noch nicht anwesend war, wurde einvernehmlich vereinbart, mit dem Tagesordnungspunkt 6 zu beginnen und die Tagesordnungspunkte 4 und 5 am Ende der Sitzung zu beraten.

3. Genehmigung der Niederschrift

Sodann genehmigte der Ausschuss für Planung und Umwelt die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt vom 15.12.2011 einstimmig bei einer Enthaltung.

6. Antrag des St. Marien-Hospitals auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung der Allgemeinpflege im Westflügel Vorlage: V-PLA/12/041

Kreisoberamtsrätin Deeben trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr. V-PLA/12/041 vor. Anhand des beigefügten Lageplanes des St.-Marien-Hospitals erläuterte sie die Baumaßnahmen. Alle Maßnahmen seien Ende 2010 abgeschlossen worden. Sie ergänzte, dass der Umbau u.a. auch eine Reduzierung der 3-Bett-Zimmer auf 2-Bett-Zimmer umfasse. Zu den nicht förderfähigen Kosten zählten z. B. der Fensteraustausch sowie der Austausch des Sonnenschutzes.

Kreistagsabgeordnete Fugel sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Bewilligung des Zuschusses aus. Das Krankenhaus in Friesoythe sei eine wichtige Einrichtung für den Nordkreis und solle unterstützt werden.

Auch der Kreistagsabgeordnete Hans Meyer befürwortete die Gewährung des beantragten Zuschusses im Namen seiner Fraktion.

Dem schloss sich der Kreistagsabgeordnete Loots an.

Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt einstimmig, dem Kreisausschuss zu empfehlen, dem St.-Marien-Hospital aufgrund des vorliegenden Antrages vom 09.07.2009 einen Zuschuss in Höhe von 39.663 € entsprechend der Vorlagen-Nr. V-PLA/12/041 für die Sanierung der Allgemeinpflege im Westflügel zu bewilligen.



7. Antrag des St. Marien-Hospitals auf Gewährung eines Zuschusses für den Neubau eines Bettenhauses
Vorlage: V-PLA/12/042

Auch hierzu trug Kreisoberamtsrätin Deeben entsprechend der Vorlage V-PLA/12/042 den Sachverhalt vor. Die Örtlichkeiten der Baumaßnahmen sind dem beigefügten Lageplan zu entnehmen. Das neue Bettenhaus werde dreigeschossig sein und über 37 Betten verfügen. Es würden ausschließlich 2-Bett-Zimmer eingerichtet. Auch hier habe die Oberfinanzdirektion anhand von Einheitspreisen und Vergleichswerten die ermittelten förderfähigen Kosten gekürzt, da einige der vorgesehenen Maßnahmen nicht förderfähig seien.

Zu den einzusetzenden Eigenmitteln erläuterte sie, dass der Landkreis Cloppenburg bereits vor einigen Jahren einen Zuschuss in Höhe von 943.000 € an das St.-Marien-Hospital gewährt habe, als das Krankenhaus in eine finanzielle Schieflage geraten sei und entschuldet werden musste. Für die Sanierung des Westflügels habe das Krankenhaus 250.000 € an Eigenmittel einsetzen müssen, um die nicht förderfähigen Maßnahmen zu realisieren.

Kreisoberamtsrätin Deeben stellte dar, dass das Krankenhaus auch jetzt wieder nicht förderfähige Maßnahmen mit Eigenmitteln finanzieren müsse. Die seitens des Landkreises Cloppenburg geforderte Eigenbeteiligung in Höhe von 100.000 € sei daher mehr als symbolische Summe anzusehen. Auf eine Eigenbeteiligung solle aber auch hier nicht verzichtet werden. Der Antrag belaufe sich auf eine Fördersumme in Höhe von 1.068.378 €.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer hob hervor, dass es wichtig sei, dass das Krankenhaus St. Marien investiere, um überlebensfähig und zukunftsfähig zu bleiben. Grundsätzlich stimme seine Fraktion daher der Zuschussgewährung zu. Er kritisiere aber den angewandten Grundsatzbeschluss. Es sei zum einen nicht gerecht, dass sich die Sitzgemeinde, hier die Stadt Friesoythe, beteiligen müsse. Zum anderen sei die im Beschluss geforderte angemessene Eigenbeteiligung zu bemängeln. Es sei allen bekannt, dass die Krankenhäuser in der Regel Defizite einfahren würden. Der einzubringende Anteil von 100.000 € sei als symbolische Beteiligung doch sehr hoch. Er hätte es lieber gesehen, wenn hier auf eine Eigenbeteiligung verzichtet würde.

Kreistagsabgeordnete Kuhlen beantragte für die CDU-Fraktion, dem Zuschussantrag des Krankenhauses zuzustimmen. Die geforderte Eigenbeteiligung sei symbolisch zu sehen, aber systematisch für die Finanzierung und Zuschussgewährung. Eine angemessene Eigenbeteiligung sei erforderlich.

Sie sprach sich dafür aus, zukünftig die Förderung der Krankenhäuser mit der geforderten Eigenbeteiligung so beizubehalten. Obwohl das Krankenhaus Friesoythe keine hohen Abfindungszahlungen für ehemalige Chefärzte leisten müsse, sei die Aufbringung einer angemessenen Eigenbeteiligung dennoch eine große Aufgabe für das Haus.

Entsprechend dem Antrag der Abgeordneten Kuhlen beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt anschließend einstimmig, dem Kreisausschuss zu empfehlen, dem St.- Marien- Hospital in Friesoythe einen Zuschuss in Höhe von 1.068.378 €entsprechend der Vorlagen -Nr. V-PLA/12/042 für den Neubau eines Bettenhauses sowie für weitere in der Vorlage aufgeführte Maßnahmen zu gewähren.



8. Neukonzeptionierung des Radwegeleitsystems im Landkreis Cloppenburg Vorlage: V-PLA/12/046

Kreisoberamtsrätin Deeben schilderte den Anwesenden den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr. V-PLA/12/046.

Besonders wies sie auf die vielen Mängel der jetzigen Beschilderung hin. Das derzeitige Radwegenetz sei eher für Alltagsradfahrer als für Touristen ausgelegt. Dies werde u.a. daran deutlich, dass in der Regel die Beschilderung vor den Stadt- und Gemeindegrenzen ende. Seinerzeit wurde davon ausgegangen, dass die Bürger ortskundig seien und innerörtliche Hinweise nicht mehr erforderlich seien.

Zur Finanzierung der Umsetzung des Konzeptes ergänzte sie, dass derzeit noch keine Mittel zur Verfügung stehen würden. Die Wirtschaftsförderung wolle sich aber um alle Fördermöglichkeiten u.a. auch aus dem EDR- Projekt TOEKOMST bemühen.

Kreistagsabgeordneter Georg Meyer sprach sich im Namen der CDU- Fraktion für die geplante Neukonzeptionierung des Radwegeleitsystems aus. Eine ausreichende Beschilderung sei sinnvoll. Die Wirtschaftsförderung solle sich um frei werdende Mittel bewerben.

Kreistagsabgeordneter Dobelmann stimmte dem nicht zu. Er erklärte, er habe bereits bei der Abstimmung über das jetzige Beschilderungssystem nicht zugestimmt. Er selbst fahre viel mit dem Fahrrad und könne aus eigener Erfahrung sagen, dass dieses System nicht benötigt werde. Er stimme zu, dass gerade im Bereich der Stadt Cloppenburg die vorhandene Beschilderung verwirrend und nicht ausreichend sei. Da heutzutage viele Radfahrer über ein GPS oder ein Handy mit Navigationsfunktion verfügten, sehe er den Bedarf für dieses System nicht. Vielmehr solle der Alltags- und Wochenendfahrradverkehr gefördert werden. Er schlug vor, statt der Beschilderung mehr Windschutzstreifen als Schutz für Radfahrer an Radwegen zu pflanzen.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer sprach sich im Namen der SPD- Fraktion für die neue Beschilderung im Wege eines Radwegeleitsystems aus. Wichtig sei, dass in jedem Fall bei der Planung und Konzeption die Städte und Gemeinden und die hiesigen Tourismusverbände beteiligt würden.

Kreistagsabgeordneter Loots fragte, ob die Nachbarlandkreise beteiligt worden seien. Falls die Beschilderung überregional eingeführt werde, könne sie eine Bereicherung darstellen.

Hierzu informierte Kreisoberamtsrätin Deeben die Anwesenden, dass dies vorgesehen sei. Der Planer, der beauftragt werden solle, sei ebenfalls für die Nachbarlandkreise tätig.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss mit einer Nein- Stimme und 14 Ja-Stimmen, dem Kreisausschuss zu empfehlen, der Neukonzeptionierung des Radwegeleitsystems im Landkreis Cloppenburg zuzustimmen.

9. Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsförderung

Kreisoberamtsrätin Deeben trug den Tätigkeitsbericht der Stabstelle Wirtschaftsförderung für das Jahr 2011 vor.

Ergänzend fügte sie hinzu, dass bei der Personalausstattung eine Stelle für den Bereich TOEKOMST zeitlich befristet sei. Darüber hinaus werde mit einer halben Stelle die Ge-



schäftsführung der Wachstumsregion Hansalinie beim Landkreis Cloppenburg bearbeitet. Insgesamt seien im Vergleich mit dem Haushaltsjahr 2010 in 2011 mit insgesamt 2,2 Mio. € ca. 200.000 € weniger ausgegeben worden.

Die von der Stabstelle gewährten Existenzgründungshilfen förderten den Unternehmergeist und die Wachstumsdynamik der Betriebe. Leider werde bei vielen Vorhaben die Mindestinvestitionssumme nicht erreicht, so dass eine Förderung nicht möglich sei. Trotzdem liege der Landkreis Cloppenburg in Niedersachsen an erster Stelle hinsichtlich der Gründungsintensität.

Zum kreiseigenen KMU- Investitionsprogramm (Zahlen des Vorjahres im Tätigkeitsbericht in Klammern) sei anzumerken, dass hier erfreulicherweise alle kreisangehörigen Gemeinden beteiligt gewesen seien. Die Mittel für 2012 seien ebenfalls bereits gebunden; die Bewilligungsbescheide würden in den nächsten Wochen versandt. Es lägen auch bereits 21 entscheidungsreife Anträge für 2013 vor.

Die GWR-Förderung betreffe Betriebe mit überregionalem Absatz. Seit dem 1.1.2011 würden hier sehr strenge Förderkriterien gelten, die maximal 3-4 Betriebe pro Jahr noch erfüllen könnten. Die Richtlinien setzten besonders hohe Ansprüche im innovativen Bereich. So sei z. B. Forschungs- und Entwicklungspersonal einzustellen oder es müssten Aktivitäten im Ausland nachgewiesen werden. Die meisten Betriebe im Landkreis Cloppenburg können nach Aussage von Kreisoberamtsrätin Deeben diese Kriterien nicht erfüllen, so dass die Stabstelle dann von der Antragstellung abraten müsse.

Zum Technologietransfer merkte sie an, dass alle dort aufgeführten Beratungen und Maßnahmen für Betriebe im Landkreis Cloppenburg erbracht worden seien. Technologietransfer umfasse insbesondere die Beratung von Firmen mit technischen, betrieblichen oder sonstigen Problemen, um hier zu Lösungen zu kommen.

Zu den wichtigsten Informationsmaßnahmen der Stabstelle gehörten die Aktualisierung der Unternehmensdatenbank RegIS und der Gewerbeflächen- und Gewerbeimmobiliendatenbank.

Auch sei die Wirtschaftsförderung im Bereich Beschäftigungsförderung aktiv geworden. Hier sei im vergangenen Jahr der Arbeitskreis Fachkräftemangel gegründet worden. Darüber hinaus bestehe eine Zusammenarbeit mit der BBS Museumsdorf. Die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft werde jährlich mit 19.000 € unterstützt. Weiterhin gewähre die Stabstelle Zuschüsse für Studenten der Berufsakademie.

Nach Information von Kreisoberamtsrätin Deeben wurden in 2011 ca. 200.000 € Kreismittel für die Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke Sedelsberg- Ocholt gezahlt. Für das Moor- und Fehnmuseum habe man sich um die Einwerbung von 1,2 Mio. € Fördermittel erfolgreich bemüht, um die geplante Neuausrichtung zu ermöglichen.

Auf Rückfrage des Abgeordneten Loots ergänzte sie, dass das Positionspapier gegen die Herabstufung des Küstenkanals erfolgreich gewesen sei, da aufgrund der Stellungnahme die Entwürfe zur Herabstufung derzeit nicht weiter verfolgt würden.

Im Bereich der Breitbanderschließung seien in 2011 viele Abstimmungsgespräche erforderlich gewesen. Nunmehr lägen neue Interessensbekundungen der Gemeinden Cappeln und Garrel vor. Demnächst werde eine Veranstaltung mit dem Breitbandkompetenzzentrum stattfinden zur Frage, wie es weiter gehen solle. Es sei absehbar, dass die derzeitige Kapazität zukünftig nicht ausreichen werde.



Zur Wachstumskooperation führte sie aus, dass diese im Jahre 2008 von 5 Landkreisen gegründet worden sei mit dem Ziel, u.a. die Wettbewerbssituation in der Region zu verbessern. Jeder teilnehmende Landkreis sei für eine Branche verantwortlich. Der Landkreis Cloppenburg habe die Federführung im Unternehmensnetzwerk Logistik übernommen. In 2011 sei die Kooperation in die Rechtsform eines Vereins überführt worden. Die Geschäftsführung liege beim Landkreis Cloppenburg.

Kreisoberamtsrätin Deeben schloss ihren Vortrag damit, dass die Stabstelle auch in 2012 in der gewohnten Form die Wirtschaftsförderung fortzuführen werde.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kreistagsabgeordneter Middendorf, hob das umfangreiche Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung hervor und bedankte sich bei Frau Deeben für die geleistete Arbeit der Stabstelle Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm die Ausführungen zur Kenntnis und schloss sich dem Dank des Vorsitzenden an.

Der Tätigkeitsbericht 2011 liegt der Niederschrift als Anlage an.

**10. Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP); Beteiligungsverfahren zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung
Vorlage: V-PLA/12/043**

Anhand von Ausschnitten der kartenmäßigen Darstellungen des Landesraumordnungsprogramms von 2008, des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Cloppenburg von 2005 und der gegenwärtig anstehenden Änderung des Landesraumordnungsprogramms (siehe Anlagen) trug Baudirektor Viets den Sachverhalt gemäß der Vorlagen- Nr. V-PLA/12/043 vor. Eine Berücksichtigung der bisher in mehreren Stellungnahmen geltend gemachten Änderungswünsche sei bisher nicht erfolgt.

In der der Vorlage beigefügten Stellungnahme fehle noch die Forderung nach einer Darstellung der geplanten Neubautrasse der E 233 im Raum Lönigen, der zeichnerischen Darstellung sowie die Formulierung zum vierstreifigen Ausbau in der textlichen Darstellung der Änderung, wie sie für die Küstenautobahn vorgenommen wurde. Diese Darstellung sei sowohl im Regionalen Raumordnungsprogramm 2005 des Landkreises Cloppenburg als auch im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Lönigen vorgesehen.

Das Landesraumordnungsprogramm 2008 enthalte dagegen die zeichnerische Neubaustrecke bei Lönigen bisher nicht. Dies sei seinerzeit nicht als erheblich angesehen worden, da der Hauptteil der Trasse unverändert bleibe und das Land Niedersachsen auf Anfrage mitgeteilt habe, dass die im RROP dargestellte Neubautrasse aus der Trassendarstellung des LROP 2008 als entwickelt angesehen werden könnte.

Aufgrund er in dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des LROP erfolgten Darstellung der Küstenautobahn werde auch eine entsprechende Anpassung der textlichen und zeichnerischen Darstellung der E 233 für erforderlich gehalten. Baudirektor Viets erläuterte, die Verwaltung werde unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes eine ergänzende Stellungnahme zu dem aktuellen Entwurf erarbeiten. Diese werde der Niederschrift beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt erklärte, die CDU-Fraktion habe sich mit der Vorlage auseinandergesetzt und sehe die Forderung nach einer Aufhebung des Vorranggebietes „Rohstoffgewinnung“ 80.3 in Hülsberg als gerechtfertigt und richtig an. Auch die Forderungen



hinsichtlich einer Aufwertung der Eisenbahnstrecke Wilhelmshaven-Osnabrück werde unterstützt. Die Übernahme der neuen Trasse der E 233 in das LROP sei in der Fraktion nicht besprochen worden. Da der Ausbau der E 233 von der Fraktion grundsätzlich befürwortet werde, könne die Verwaltung davon ausgehen, dass auch diese Forderung inhaltlich mitgetragen werde. Er beantragte für seine Fraktion, die Stellungnahme mit den vorgetragenen Änderungen zu beschließen.

Auf Rückfrage des Abgeordneten Dobelmann erläuterte Baudirektor Viets, dass es zutreffe, dass im Bereich der Esterweger Dose weitere 49 Hektar Torf abgebaut würden. Nach derzeitigem Kenntnisstand ständen diesem Vorhaben keine Belange entgegen und führe erkennbar auch nicht zu den für den Bereich Hülsberg geschilderten Konflikten. Auf Nachfrage wurde ausgeführt, dass nicht nur in den durch das LROP dargestellten Vorranggebieten Torfabbau möglich sei, sondern auch außerhalb dieser Gebiete.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer sprach sich auch im Namen der SPD-Fraktion für die vorgestellte Stellungnahme mit den erwähnten Änderungen aus. Auch die Aufnahme des Ausbaus der E 233 mit geänderter Trassenführung werde befürwortet.

Auf Antrag des Abgeordneten Hackstedt beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt sodann einstimmig mit einer Gegenstimme, dem Kreisausschuss zu empfehlen, der Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung des LROP mit den vorgetragenen Änderungen zuzustimmen.

Die geänderte Stellungnahme liegt dieser Niederschrift bei.

11. Beschaffung eines ferngesteuerten Löschunterstützungsfahrzeuges (LUF) Vorlage: V-PLA/12/044

Kreisamtsrat Westendorf erläuterte den Sachverhalt und trug zu diesem Tagesordnungspunkt entsprechend der Vorlagen –Nr. V-PLA/12/044 vor.

Kreistagsabgeordneter Willen sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Beschaffung eines Zugfahrzeuges für das ferngesteuerte Löschunterstützungsfahrzeug aus. Die Anschaffung eines gebrauchten Fahrzeugs sei eine wirtschaftliche und praktikable Lösung.

Auch Kreistagsabgeordneter Loots befürwortete die Anschaffung.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer bemängelte, dass erst jetzt festgestellt worden sei, dass die vorhandenen Zugfahrzeuge das Fahrzeug nicht ziehen könnten. Grundsätzlich stimme auch er der Anschaffung aber zu.

Hierauf informierte Kreisoberamtsrat die Anwesenden darüber, dass sich erst bei der technischen Besprechung der Anschaffung herausgestellt habe, dass die vorhandenen Zugfahrzeuge nicht ausreichend seien.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss nach der Aussprache einstimmig, dem Kreisausschuss zu empfehlen, der Anschaffung eines geeigneten gebrauchten Zugfahrzeuges für das ferngesteuerte Löschunterstützungsfahrzeug zuzustimmen. Die Anschaffung soll im Rahmen der 2012 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mit finanzieller Beteiligung der Stadt Friesoythe erfolgen.



12. Ersatzbeschaffung eines Einsatz- und Dienstfahrzeuges für den Kreisbrandmeister
Vorlage: V-PLA/12/045

Auch hierzu trug Kreisamtsrat Westendorf den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen –Nr. V-PLA/12/045 vor.

Er ergänzte, dass das Altfahrzeug derzeit im Internet zum Verkauf angeboten werde. Die vom TÜV erstellte Mängelliste sei mit veröffentlicht worden. Derzeit läge das Gebot bereits bei 7.600 € und damit erheblich über dem veranschlagten Verkaufswert von 1.200 €.

Kreistagsabgeordneter Kreutzmann erklärte, auch die CDU-Fraktion habe sich mit der Anschaffung befasst. Erfreulich sei, dass der Erlös für das abgängige Fahrzeug so hoch ausfallen werde. Die Fraktion befürworte den Verkauf des Altfahrzeuges und die Anschaffung eines Neuwagens für den Kreisbrandmeister.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer sprach sich im Namen der SPD- Fraktion ebenfalls für die Anschaffung des Fahrzeugs aus.

Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt sodann, dem Kreisausschuss zu empfehlen, der Anschaffung eines Audi Q5 als Einsatz- und Dienstfahrzeug für den Kreisbrandmeister zum Angebotspreis von 36.210,70 € zuzustimmen. Das Altfahrzeug soll veräußert werden.

4. Vorstellung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Abfallwirtschaft 2012 für den Landkreis Cloppenburg
Vorlage: V-PLA/12/039

Zu diesem Tagesordnungspunkt trug Herr Dr.-Ing. Christoph Tiebel vom Büro ATUS, Hamburg, vor.

Er erklärte, Auftrag des Landkreises sei es gewesen, 10 Jahre nach der letzten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eine neue Standortbestimmung für den Landkreis abzugeben hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Abfallwirtschaft und der auf den Landkreis zukommenden neuen bundesweiten Anforderungen im Abfallbereich. Zusätzlich sollte ermittelt werden, welche Optimierungen noch möglich seien.

Im Folgenden erläuterte er die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Einzelnen. Hinsichtlich des Restmülls empfahl er, zukünftig in der Satzung die 1,1 cbm Behälter nicht nur für Gewerbebetriebe, sondern auch für Großwohnanlagen zuzulassen.

Das Volumen beim Biomüll habe das Niveau von 2001 wieder erreicht, obwohl die Anzahl der Behälter seither weiter gestiegen sei. Dies führe zu einer Überdeckung der Gebühren für Bioabfall. Es sei daher angemessen, nach Vorliegen der endgültigen Zahlen aus der Eröffnungsbilanz für den gesamten Landkreishaushalt für 2010/2011 über eine Senkung der Bioabfallgebühren ab 2013 zu entscheiden.

Die 11 Wertstoffsammelstellen des Landkreises seien in zweifacher Hinsicht zu optimieren. Zum einen sei es sinnvoll, zukünftig satzungsmäßig zwei Fraktionen Grünabfälle zu führen. Dabei könne der sortenreine, verholzte Baum- und Strauchschnitt unter Umständen auf Dauer kostenlos abgegeben werden (wenn über die nächsten Ausschreibungen denn ein entsprechender Marktwert sich ergeben würde), was mittelfristig evtl. zu einer Gebührensenkung bzw. -freistellung bei der Annahme führen könne. Dies setze eine sorgfältige Trennung der beiden Grünabfallarten bei den Wertstoffsammelstellen und entsprechende Kenntnisse der Sammelstellenwärter voraus. Entscheidend sei hier auch das Engagement und der Ein-



satz der Wertstoffsammelstellenwärter. Dies sei in den überwiegenden Fällen gut. Einige Wärter hätten Probleme mit der Erfassung. Hier solle darauf hingewirkt werden, dass zukünftig ein einheitliches Anforderungsprofil bei der Einstellung der Personen angewendet werde. Unter Umständen müsse man sich von einigen Personen trennen.

Für die Deponie Sedelsberg sehe er bis 2020 keine Optionen, da bis zu diesem Jahr die Rücklieferung der Restmengen aus Wiefels vertraglich vereinbart sei. Da die Preise für Fremdanlieferungen am Markt z. Zt. sehr niedrig seien und der Weiterbetrieb der Deponie Sickerwasser und damit Kosten verursache, schlage er vor, ab 2017 den Ablagerungsbedarf neu zu kalkulieren und die Deponie evtl. nach 2020 zu schließen.

Die Gebührenstruktur (mit Ausnahme der Bioabfallgebühr) sei grundsätzlich in Ordnung. Es sei wichtig, dass die Grundgebühr unter 30 % liege, da dann keine rechtlichen Probleme zu erwarten seien.

Der Gebühreneinzug solle beim Landkreis bleiben, da auch dort die entsprechenden Fachkenntnisse vorhanden seien.

Abschließend schlug er vor, ein Ident- System als Maßnahme gegen „Schwarzmüller“ einzuführen, womit jeder Behälter beim Abkippen überprüft werde und doppelte Entleerungen ausgeschlossen seien. Dies rechne sich nach Erfahrungen anderer Landkreise von selbst. Zusätzlich empfahl er die Einrichtung eines kostenpflichtigen Behälterbringdienstes als Serviceangebot.

In der anschließenden Aussprache begrüßte Kreistagsabgeordneter Hans Meyer den Vorschlag hinsichtlich des sortenreinen Grünabfalls. Die SPD-Fraktion fordere seit Jahren die kostenlose Anlieferung von Laubabfällen. Auch die empfohlene Senkung der Bioabfallgebühren solle realisiert werden. Die im Rahmen der Untersuchung festgestellte Bezahlung der Wertstoffsammelstellenwärter unter Mindestlohn müsse korrigiert werden.

Leitender Baudirektor Raue empfahl dem Ausschuss für Planung und Umwelt, der Umsetzung der Untersuchung zuzustimmen. Die Kreisverwaltung werde dann die organisatorischen und personellen Anregungen direkt umsetzen. Die abfallrechtlichen Vorschläge werde die Verwaltung entsprechend vorbereiten und dem Ausschuss jeweils zur Beratung und Entscheidung wieder vorlegen.

Baudirektor Haedke ergänzte, hinsichtlich der Einführung des Behälterbringdienstes solle nun eine Entscheidung ausgesprochen werden. Da Ende Juni 2012 der Vertrag für die Standplatzreinigung auslaufe, sei es sinnvoll, mit der Neuausschreibung dieser Leistung zusätzlich den Behälterservice mit auszuschreiben. Dies schlage auch Herr Dr. Tiebel in seiner Untersuchung vor.

Kreistagsabgeordneter Georg Meyer stimmte im Namen der CDU-Fraktion dieser Vorgehensweise zu. Die Gebührensenkung sei in jedem Falle zum 01.01.2013 durchzuführen.

Dem schloss sich Kreistagsabgeordneter Hackstedt an. Er regte an, die Einführung des Ident- Systems nochmals näher zu untersuchen.

Auf Rückfrage ergänzte Leitender Baudirektor Raue, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass man sich mit der Zeit von einigen Mitarbeitern der Wertstoffsammelstellen trennen müsse.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss sodann einvernehmlich, dass die Kreisverwaltung beauftragt werde, die organisatorischen und personellen Anregungen der Untersuchung direkt umsetzen. Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Vorschläge zur Optimierung werde die Verwaltung beauftragt, diese Verbesserungen entspre-



chend vorzubereiten und dem Ausschuss zur Beratung und Entscheidung wieder vorzulegen.

Weiterhin stimmte der Ausschuss für Planung und Umwelt der Einführung des Behälterbringdienstes zu. Er empfahl dem Kreisausschuss, die gemeinsame Ausschreibung des Behälterbringdienstes und der Standplatzreinigung zu beschließen.

Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt.

5. Vorstellung der Abfallbilanz 2011 Vorlage: V-PLA/12/040

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde auf den Vortrag zur Abfallbilanz 2011 verzichtet. Baudirektor Haedke verwies auf die Ausgaben im Vergleich der Jahre 2009 bis 2011 (Seite 31 der Abfallbilanz). Der Anstieg der Kosten für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen in 2011 um ca. 90.000 € resultiere aus höheren Abschlägen an die Stadt Cloppenburg für die Sickerwasserbehandlung und aus kostenintensiveren Grundwasseruntersuchungen im Rahmen des Deponieüberwachungsprogramms.

Weiterhin sei der Betrag für die Zuführung zur Rücklage Rekultivierung mit 2,6 Mio. € recht hoch angesetzt. Dieser Betrag sei vorläufig. Erst nach Vorlage der Eröffnungsbilanz sei der Betrag genau zu benennen.

Insgesamt lägen die übrigen Beträge im üblichen Bereich.

Die Verwaltung habe aus dem vorliegenden Gutachten mitgenommen, dass die Gebühren für Bioabfall deutlich gesenkt werden sollten und die Gebührenrückstellungen anhand der Hinweise des Gutachters überprüft werden sollten. Die geplante Gebührensenkung müsse in 2012 beschlossen werden, damit die Senkung ab 2013 für die Bürger wirksam werden könne.

Ohne weitere Aussprache nahm der Ausschuss für Planung und Umwelt die Abfallbilanz 2011 zur Kenntnis.

Die Präsentation zur Abfallbilanz 2011 ist der Niederschrift beigelegt.

13. Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.



14. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Um 18:35 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Erster Kreisrat

Protokollführer/in